

klären. Die Arbeiter und alle Werktätigen müssen durch unsere Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit begreifen, daß solche Gesetze und Verordnungen eben nur in einem Staat der Arbeiter und Bauern möglich sind. Man muß die Arbeiter und Werktätigen dafür mobilisieren, daß sie ihre Errungenschaften mit aller Kraft verteidigen.

Weil sich die Genossen im Staatsapparat, wie es Genosse Ulbricht im Rechenschaftsbericht bereits erwähnte, nicht aktiv und schnell genug für die Erfüllung dieser Aufgaben einsetzten, führten auf Vorschlag der Partei die Genossen der Gewerkschaft eine gemeinsame Beratung mit dem Rat des Bezirks und dem Bezirkstag Karl-Marx-Stadt durch. Erst dort wurde durch die Vorschläge der Genossen der Gewerkschaft Klarheit geschaffen, wie die Ministerratsverordnung schnell und unbürokratisch in enger Zusammenarbeit mit den Werktätigen erfüllt werden muß. Leider war es so, daß die Genossen im Rat des Bezirks den anwesenden Bergarbeitern auf Grund ihrer Vorschläge Versprechungen machten, die dann aber nicht immer erfüllt wurden. Ich bin mir aber darüber im klaren, daß alle Genossen Produktionsarbeiter, die in den Kreis- und Bezirkstagen vertreten sind, nicht nachlassen werden, die Genossen im Staatsapparat auf ihre Pflichten hinzuweisen.

Welche Mängel treten nun bei der Durchführung der Ministerratsverordnung auf? Die Abteilung für kulturelle Massenarbeit beim Rat des Bezirks setzt sich ungenügend für die Verbesserung der Kulturarbeit in den Betrieben ein. Bis jetzt gibt es noch keine konkreten Verträge zwischen den Kulturinstituten und den Klubhäusern der Betriebe. Die Genossen sehen nur Schwierigkeiten, anstatt mit der Aufklärung bei den Kunst- und Kulturschaffenden zu beginnen und für deren Auftreten in den betrieblichen Klubhäusern die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Es fehlt auch an der engen Verbindung mit den Arbeitern in den Betrieben. So müßte man mit den Arbeitern darüber sprechen, wie und wo Spät- und Nachtgeschäfte für die Werktätigen eingerichtet werden müssen; denn die Arbeiter können darüber die beste Auskunft geben.

Es müssen gemeinsame Beratungen mit den Arbeiterkontrollen und den Wohnungskommissionen über die Kontrolle des Bauprogramms der Wohnungen, der Sozial- und Kulturbauten durchgeführt werden. Wir haben auch festgestellt, daß durch die Genossen des Staatsapparates unnötige Schwierigkeiten bei der Verteilung von Wohnraum